

Update aus dem Bundestag – 4/2017

Bernhard Daldrup, Bundestagsabgeordneter für den Kreis Warendorf

Platz 7 auf der Landesliste für den Bundestag – gute Chancen auf Wiedereinzug

Am vergangenen Samstag hat mich die SPD-Landesdelegiertenversammlung in Münster mit 98,7 Prozent auf Platz sieben der Landesliste für die Bundestagswahl gewählt – nur sechs Plätze hinter Spitzenkandidat Martin Schulz, der mit 100 Prozent auf Platz eins der NRW-Liste gewählt wurde.

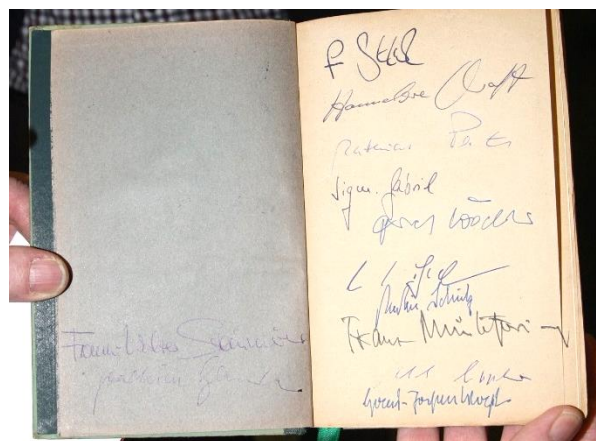


Auf der Landesdelegiertenversammlung am 25. März in Münster habe ich Martin Schulz zu seinem Ergebnis gratuliert. Bei dieser Gelegenheit hat er als neuer SPD-Bundesvorsitzender meine Biografie von Ferdinand Lassalle aus dem Jahr 1915 signiert.

Mit diesem aussichtsreichen Listenplatz bestehen beste Chancen für den Wiedereinzug in den Bundestag im September. Darüber freue ich mich sehr. Dennoch werde ich mit aller Kraft dafür kämpfen, den Wahlkreis direkt zu gewinnen – dazu brauche ich Eure Unterstützung!

Auch dank Martin Schulz befindet sich die SPD bundesweit auf Augenhöhe mit der CDU, das

Kanzleramt ist erstmals seit langer Zeit wieder in greifbarer Nähe. In Nordrhein-Westfalen liegen wir klar vor der Union, beste Ausgangsbedingungen, damit Hannelore Kraft im Mai als Ministerpräsidentin bestätigt wird.



Ein kleiner Schatz: Meine Lassalle-Biografie von 1915 mit den Unterschriften zahlreicher SPD-Vorsitzenden, Ministerpräsidenten und Bundespräsidenten. Auch Martin Schulz ist hier nun verewigt.

Eine wehrhafte Demokratie braucht Engagement und Vertrauen

Letzte Woche haben wir an die Abstimmung zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 erinnert. Damals hielt der Sozialdemokrat Otto Wels eine mutige und bewegende Rede, bevor die Abgeordneten der SPD als einzige gegen Hitlers Gesetz stimmten. „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht“ – Otto Wels' Worte sind für mich eine Mahnung, die nach 84 Jahren nichts von ihrer Bedeutung und Dringlichkeit eingebüßt hat. Die letzten Monate haben gezeigt: Demokratie

und Freiheit sind niemals eine Selbstverständlichkeit. Sie müssen immer neu erkämpft und gegen ihre Feinde verteidigt werden. Deshalb sind alle aufgefordert, Haltung zu zeigen, wenn es darum geht, Grundwerte wie Freiheit, Respekt und Toleranz zu verteidigen. Der Eintritt gerade vieler junger Menschen in die SPD in den letzten Wochen ist ein ermutigendes Signal.

Es zeigt: Die jüngere Generation ist bereit, sich für unsere Demokratie und ein friedliches Zusammenleben einzusetzen. Dieses gesellschaftliche Engagement möchte die SPD-Bundestagsfraktion bestärken. Im Rahmen unseres Frühjahrsempfangs am 29. März haben wir zum fünften Mal den „Otto-Wels-Preis für Demokratie“ verliehen. Mit dem Preis zeichnet unsere Fraktion im Rahmen eines Kreativwettbewerbs Jugendliche und junge Erwachsene aus, die sich aktiv für gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegen Ausgrenzung starkmachen.

Übergabe der Förderbescheide zum Breitbandausbau

In der vergangenen Woche habe ich gemeinsam mit dem Landrat Dr. Olaf Gericke, der Geschäftsführerin der Wirtschaftsförderung Petra Michalczak-Hülsmann und dem CDU-Bundestagsabgeordneten Reinhold Sendker den Bescheid zur Förderung des Breitbandausbaus im Kreis Warendorf im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) entgegengenommen.



Mit Dr. Olaf Gericke, Enak Ferlemann (parl. Staatssekretär des Verkehrsministeriums) Reinhold Sendker und Petra Michalczak-Hülsmann (v.l.n.r.).

Rund 100 Gemeinden haben Förderbescheide in Höhe von fast einer Milliarde Euro erhalten. Der Kreis Warendorf hat mit seiner Förderung von knapp 30 Millionen Euro einen der höheren Beträge erhalten. Zusätzlich wird die Förderung des Bundes mit rund 24 Millionen Euro durch das Land Nordrhein-Westfalen aufgestockt.

Besonders ärgerlich ist für mich die Informationspolitik des CSU-Ministers. Meine Anfrage zum Bearbeitungsstand des Projekts wurde erst beantwortet, nachdem der CDU-Landrat und der CDU-MdB informiert worden sind. Mindestens: schlechter Stil.

Dennoch ist die Förderung ein großartiger Erfolg für den Kreis Warendorf. Mit ihr wird es endlich möglich werden, den Kreis flächendeckend mit schnellem und zukunftsfestem Breitband-Internet zu versorgen. Gerade auch ländlich geprägte Räume benötigen schnelles Internet. Ob Online-Einkauf, Arbeiten von zu Hause, digitale Behördengänge, medizinische Versorgung oder moderne Landwirtschaft und Produktion – das Internet wird überall eine immer größere Rolle spielen. Eine zeitgemäße Breitbandversorgung ist darum die Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen im Kreis Warendorf und für die wirtschaftliche Zukunft der ganzen Region.

Weitere Informationen zum Breitband-Ausbau gibt es auf der → [Webseite des BMVI](#).

Anhörungen im Finanz- und Haushaltsausschuss

Die Legislaturperiode neigt sich dem Ende zu, die letzten Vorhaben der Großen Koalition werden umgesetzt. Allein beim Thema Finanzen gibt es gleich mehrere Gesetzesvorhaben, die wir erfolgreich zu Ende bringen wollen.

Da ist zunächst das große Thema der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Der alte Länderfinanzausgleich wird abgeschafft: Die Länder verteilen das Geld nicht mehr untereinander, sondern erhalten unterschiedlich hohe Zuweisungen vom Bund. Diese Bundesmittel werden zugleich um rund 9,5 Milliarden Euro pro Jahr erhöht. Dafür erhält der Bund neue Kompetenzen, etwa im Bereich der Bildungsfinanzierung, was eine alte SPD-Forderung darstellt.



Mit Jens Zimmermann (l.) bei der Anhörung zum Gesetz zur Bekämpfung der Steuerumgehung am 27. März 2017.

Zudem werden dem Bund neue Kompetenzen im Bereich der Steuerverwaltung übertragen, er kann den Ländern künftig in größerem Umfang Vorgaben zum Steuervollzug machen. Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit, denn der Steuervollzug oder die Verfolgung von Steuerbetrug sollten überall in Deutschland gleich sein und nicht von den Vorlieben der jeweiligen Landesregierung abhängen. Zu diesen Themen fanden am 20. und

27. März jeweils mehrstündige Anhörungen statt, an denen ich als zuständiger Berichterstatter des Finanzausschusses teilgenommen habe.

Daneben gibt es weitere Themen. Mit dem „Gesetz zur Bekämpfung der Steuerumgehung“ führen wir Maßnahmen ein, um die Nutzung weltweiter Steueroasen zu erschweren und einzuschränken. Dazu werden Banken und Kunden verpflichtet, entsprechende Angaben zu machen. Die Anhörung fand ebenfalls am 27. März statt. In einer weiteren Anhörung haben wir uns zudem mit dem Problem sogenannter IP- oder Lizenzboxen beschäftigt. Dahinter verstecken sich ebenfalls Modelle, mit denen Unternehmen Steuern umgehen können, indem sie Gewinne und Aufwendungen über Staatsgrenzen hinweg verschieben.

Keine einfachen Themen, oder? Aber mein Ziel ist ja, an dieser Stelle einen kleinen Einblick in meine Arbeit im Bundestag zu vermitteln. Wenn Ihr mehr Interesse an Steuerthemen haben solltet – E-Mail an bernhard.dalrup@bundestag.de genügt.

Wir werden die verbleibende Zeit der Legislaturperiode jedenfalls weiterhin nutzen, um gegen Steuerschlupflöcher vorzugehen.

Bewährte Struktur der Sparkassen erhalten

Immer wieder stehen die Sparkassen im Blick europäischer Institutionen. Die Europäische Zentralbank (EZB) und die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) erarbeiten derzeit Leitlinien im Bereich Corporate Governance.



Am 20. März habe ich mich mit Georg Fahrenschon, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV), in Berlin getroffen, um die Problematik der vorgesehenen EZB/EBA-Leitlinien und mögliche Gegenmaßnahmen zu besprechen.

Würde der Entwurf Wirklichkeit, hätte dies massive Auswirkungen (nicht nur) auf die Leitungsgremien der öffentlich-rechtlichen Sparkassen. Der Leitlinien-Entwurf geht nämlich davon aus, dass Mitglieder mit politischem Einfluss in den Aufsichtsorganen von Banken generell einem Interessenkonflikt unterliegen würden.

Das verkennt die besondere und bewährte Struktur der kommunal getragenen Sparkassen in Deutschland: Die kommunalen Vertreter in den

Verwaltungsräten der Sparkassen, beispielsweise Bürgermeister, nehmen die notwendige demokratische Kontrolle des öffentlichen Auftrags der Banken wahr.



Die Sparkassen sind nicht nur entscheidende Akteure der regionalen Wirtschaftsentwicklung, sondern auch ein Stabilitätsanker für die deutsche Kreditwirtschaft insgesamt. Immer wieder treffe ich mich daher zum Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Sparkassen, hier am 17. März mit dem „AK Girokonto“ des DSGV in Berlin.

Die SPD-Fraktion fordert die Bundesregierung daher auf, die bewährten Strukturen der Sparkassen gegen die ungerechtfertigten Angriffe der europäischen Regulierungsbehörden zu verteidigen.

Gelassenheit im Umgang mit der Türkei

Die grotesken Nazi-Anschuldigungen des türkischen Präsidenten Erdogan sind eine Unverschämtheit und haben im respektvollen Umgang zwischen Staaten und deren Amtsträgern nichts verloren. Es war daher richtig, dass Außenminister Sigmar Gabriel gegenüber Ankara klare Grenzen aufgezeigt hat: Deutschland lässt sich nicht alles gefallen. Wahlkämpfer auf deutschem Boden müssen deutsches Recht achten.

Es hat den Anschein, als ob Präsident Erdogan mit seinen Provokationen gezielt Emotionen hochkochen möchte, damit seine Verfassungsreform die erforderlichen Stimmen erhält. Aber dieses Kalkül geht nicht auf. Wir lassen uns nicht als Wahlkampf helfer instrumentalisieren, indem wir auf jede Provokation reagieren. Wir behalten einen kühlen Kopf und reden Klartext. Wir fordern die Türkei auf, inhaftierte Journalisten wie Deniz Yücel umgehend freizulassen.

Die Türkei bleibt ein wichtiger Partner für Deutschland und Europa. Auch wenn die innere Zerrissenheit des Landes diese Partnerschaft zunehmend belastet. Die Gefahr wächst, dass die Konflikte in der Türkei auch einen Keil in unsere Gesellschaft treiben.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Menschen, die schon lange in Deutschland leben, hier arbeiten und Steuern zahlen, die doppelte Staatsangehörigkeit bekommen können. Eine Abkehr von der doppelten Staatsbürgerschaft, wie sie manche in

der Union fordern, ist mit uns nicht zu machen. Sie bewirkt das Gegenteil von Integration und gefährdet damit den Zusammenhalt in unserem Land.

Lohngerechtigkeit: Frauen verdienen 100 Prozent!

Rechnerisch müssen Frauen in Deutschland 2017 zweieinhalb Monate mehr arbeiten, um auf das durchschnittliche Jahresentgelt von Männern zu kommen. Auch bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit erhalten Frauen im Schnitt 21 Prozent weniger Gehalt als Männer.

Um diese Lohndiskriminierung zu beenden, sind transparente und nachvollziehbare Gehaltsstrukturen in Unternehmen unabdingbar. Denn nur wenn unbegründete Unterschiede im Gehalt sichtbar werden, kann gegen eine Benachteiligung vorgegangen werden.



Die Lohngleichheit von Mann und Frau ist für mich ein entscheidender Aspekt der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland. Ich freue mich darum sehr, dass Manuela Schwesig einen Gesetzentwurf für die Transparenz von Entgeltregelungen vorgelegt hat.

In dieser Woche haben wir deshalb im Bundestag den Gesetzentwurf von Manuela Schwesig zur Lohngerechtigkeit verabschiedet. Damit haben Beschäftigte in Betrieben mit mehr als 200 Mitarbeitern künftig das Recht zu erfahren, wie sie im Vergleich zu anderen bezahlt werden. In Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten muss darüber hinaus regelmäßig geprüft werden, ob Frauen systematisch benachteiligt werden.

Das Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit ist – zusammen mit den SPD-Erfolgen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der gesetzlichen Frauenquote für Führungspositionen – ein wichtiger Meilenstein hin zu einem fairen Arbeitsmarkt, auf dem Männer und Frauen die gleichen Chancen haben. Unser Ziel: Frauen müssen am Jahresende 100 Prozent in der Tasche haben.

Städtebauförderung in der AG Kommunales

In der vergangenen Sitzung der AG Kommunalpolitik haben wir über aktuelle Fragen der Städtebauförderung diskutiert. Als Referenten waren Michael Groß, der baupolitische Sprecher der SPD-

Bundestagsfraktion und Nicole Graf, die zuständige Referatsleiterin aus dem Bundesbauministerium, gekommen. Sie machten deutlich, wie stark die Fördermittel für Städtebau in dieser Legislaturperiode angehoben wurden und wie sehr sie dafür unter Schwarz-Gelb abgebaut wurden.

Die Stadtumbauprogramme Ost und West sollen zukünftig zusammengelegt werden und bilden dann mit einem Volumen von 260 Millionen Euro den größten Posten der Städtebauförderung des Bundes. Dabei werden Fördermöglichkeiten, die es bisher nur im Ost-Programm gab, auch für West-Kommunen eröffnet. Darüber hinaus diskutierten wir über die sozialen Anforderungen an den Städtebau, baurechtliche Vorgaben für den ländlichen Raum oder auch Stadtentwicklungskonzepte für Integration und demokratischen Zusammenhalt. Gleichzeitig ging es aber auch ganz praktisch darum, wie die Kommunen sich über die Förderungen des Bundes informieren können, um die Mittel möglichst effizient zu nutzen – etwa am 13. Mai, beim Tag der Städtebauförderung.

Die Sitzung hat wieder einmal gezeigt, dass ein großes Maß an kommunalpolitischer Kompetenz in der SPD-Fraktion vorhanden ist. Viele der Abgeordneten waren vor ihrem Bundestagsmandat auf kommunaler Ebene tätig und können daher Erfahrungen aus erster Hand in die Debatten einbringen. So stellen wir sicher, dass die Entscheidungen, die wir hier treffen, auch nah an der Lebenswirklichkeit sind und einen praktischen Nutzen für die Menschen im Land haben.

Kindertagesbetreuung ausbauen

Gute Angebote der Kindertagesbetreuung verbessern die Start- und Bildungschancen aller Kinder und fördern die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund. Zudem unterstützen sie Familien in ihrer Erziehungsverantwortung und erleichtern so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Im Rahmen des mittlerweile vierten Investitionsprogramms zur Kinderbetreuungsfinanzierung werden wir 100.000 zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder bis zum Schuleintritt schaffen. Außerdem sollen auch qualitative Verbesserungen in der Kindertagesbetreuung befördert werden. Dafür verankern wir unter anderem wieder die Förderung von Ausstattungsinvestitionen, wie etwa für neue Küchen oder Bewegungsräume.

Geringwertige Wirtschaftsgüter: Bürokratieabbau für kleine und mittlere Unternehmen

Wir werden die Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter (GWG) auf 800 Euro erhöhen. Endlich wird der bisherige und veraltete Wert an die betrieblichen Realitäten angepasst. Das ist ein Meilenstein im Kampf gegen

die Bürokratie. Damit entsprechen wir dem Wunsch gerade der kleinen Unternehmen und Selbstständigen, die durch die Neuregelung spürbar entlastet werden. Diensthandys können künftig beispielsweise sofort abgeschrieben werden.

Geringwertige Wirtschaftsgüter sind zum Beispiel Werkzeuge für den Betrieb oder Drucker, Kaffeemaschinen und sonstige kleinere Geräte fürs Büro. Handwerksbetriebe, kleine Mittelständler und Selbstständige werden mit der neuen 800-Euro-Grenze in die Lage versetzt, solche Gegenstände ohne bürokratischen Aufwand sofort abzuschreiben. Bei Gütern über 410 Euro kam bislang nur eine umständliche Abschreibung über mehrere Jahre in Betracht. Diese kostete besonders kleinere Betriebe Zeit und im Falle der Beauftragung eines Steuerberaters auch Geld. Die neue Regelung soll ab dem 1. Januar 2018 greifen.

Verpackungsgesetz

Ziel des Gesetzes ist es, Verpackungsabfälle vorrangig zu vermeiden und zukünftig noch mehr Abfälle aus privaten Haushalten der Wiederverwendung und dem Recycling zuzuführen. Hierzu werden die Recyclingquoten erhöht. Als kommunalpolitischer Sprecher habe ich mich für stärkere Rechte der Kommunen und der kommunalen Entsorger eingesetzt. Trotz Widerstände unseres Koalitionspartners konnte die SPD-Bundestagsfraktion im parlamentarischen Verfahren zusätzliche kommunale Einflussmöglichkeiten durchsetzen.

So ist sichergestellt, dass die Sammlung der gelben Säcke oder Tonnen durch die Dualen Systeme sich optimal in die kommunalen Sammelstrukturen und das allgemeine Entsorgungskonzept einfügen. Außerdem haben wir im parlamentarischen Verfahren die Wiederaufnahme einer Mehrwegquote in das Gesetz vereinbart und die Pfandpflicht auf Fruchtschorlen sowie auf Produkte mit mindestens 50 % Milchanteil (z.B. Molke) erweitert. Deutschland ist Europameister bei Verpackungsabfällen und liegt mit 213 kg pro Kopf pro Jahr sogar 20 % über dem europäischen Durchschnitt. Nur 45 % der Bevölkerung wissen, dass es neben Pfand auf Mehrwegflaschen auch Pfand auf Einwegflaschen gibt.

Deshalb begrüße ich den Vorstoß von Ministerin Hendricks, neben der freiwilligen Selbstverpflichtung der Wirtschaft, auf den Flaschen zu kennzeichnen, ob es sich um Mehrweg oder Einweg handelt, auch zusätzlich die verpflichtende Regalkennzeichnung einzuführen. Für den Verbraucher muss zweifelsfrei zu erkennen sein, ob es sich um eine umweltfreundliche Mehrweg- oder eine weniger umweltfreundliche Einwegverpackung handelt. Das Gesetz ist ein wichtiger Schritt zur Wei-

terentwicklung der Kreislaufwirtschaft und im Interesse von wirklicher Ressourceneffizienz, Klima- und Umweltschutz dringend geboten.

Praktikum bei der AG Kommunalpolitik

Hauke Hansen, Student der Politikwissenschaft an der Friedrich-Schiller Universität in Jena, hat ein fünfwöchiges Praktikum bei der AG Kommunalpolitik absolviert, deren Sprecher ich bin. In diesem Rahmen arbeitete er vor allem der verantwortlichen Referentin Hanna Goelz mit kommunalspezifischen Recherchen zu, half aber gerne auch dem restlichen Team bei den anfallenden Arbeiten im Büroalltag. Während der Sitzungswochen begleitete er mich zu einer Vielzahl von Veranstaltungen und konnte so aus erster Hand Erfahrungen im Berliner Politikbetrieb machen.



Mit Hauke Hansen im Bundestag.

Hauke: „Es ist schon sehr spannend, hautnah an den Entscheidungen der deutschen Politik dran zu sein, die man normalerweise nur aus den täglichen Nachrichten kennt. Man erhält einen anderen Blick auf die Dinge und sieht, was für ein Aufwand oft hinter diesen Prozessen steht.“

Äußerst positive Eindrücke hat auch das Praktikantenprogramm bei ihm hinterlassen, das von der SPD-Fraktion organisiert wird. Führungen durch Bundestag und Ministerien, interessante Vorträge von Abgeordneten oder Sachverständigen sowie diverse andere Angebote (Besuch der Bundespressekonferenz) ermöglichten einen einmaligen Einblick in den politischen Alltag unseres Landes.

Gerne könnt Ihr die hier dargestellten Informationen weitergeben und diskutieren.

Mit den besten Grüßen

Euer